

II-2452 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1321 IJ

1991-06-19

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Lukesch
und Kollegen
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend skandalöses Versagen der Arbeitsmarktverwaltung

Nachdem im Frühjahr dieses Jahres das Kontingent für die Ausländerbeschäftigung bereits fast völlig ausgeschöpft war, wies der Sozialminister die Arbeitsämter an, in ihren Beständen nach Ausländerbeschäftigungsbewilligungen zu fahnden, die nicht in Anspruch genommen werden. Diese Fahndung der Arbeitsmarktverwaltung nach "Karteileichen" förderte ein äußerst überraschendes Ergebnis zutage. Die Arbeitsmarktverwaltung hatte bisher 40.000 Karteileichen im Bereich der Ausländerbeschäftigungsbewilligung verwaltet. Diese Zutageförderung von 40.000 Karteileichen entspannt auf der einen Seite erfreulicherweise die bereits katastrophale Arbeitskräfteknappheit in den verschiedensten Bereichen der österreichischen Wirtschaft, auf der anderen Seite stellt die Tatsache, daß über Jahre anscheinend 40.000 Karteileichen von der Arbeitsmarktverwaltung verwaltet wurden, einen gewaltigen Skandal dar.

Die Entdeckung von 40.000 Karteileichen im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung bedeutet nämlich, daß – bei einem Kontingent von 300.000 Ausländerbeschäftigungsbewilligungen – jede achte Bewilligung effektiv gar nicht ausgenutzt wurde und der Sozialminister gleichzeitig aufgrund des Versagens seiner Arbeitsmarktverwaltung eine künstliche Arbeitskräfteknappheit geschaffen hatte, die die Wirtschaft in ihrer positiven Entwicklung enorm behinderte.

Die nunmehr überraschend zur Verfügung stehenden neuen Möglichkeiten zur Lösung der Arbeitskräfteknappheit in der österreichischen Wirtschaft müssen rasch effektuiert werden. Das heißt, daß diese neuen Beschäftigungsbewilligungen über die Bezirksarbeitsämter raschest zur Verfügung gestellt werden müssen. Das Einzelgenehmigungsverfahren über das Landesarbeitsamt mit einer gesetzlichen achtwöchigen Erledigungsfrist zur Zuteilung dieser vorhandenen Stellen ist dafür nicht geeignet. Die rasche Bewilligung erscheint deshalb umso notwendiger, weil gerade im Tourismusbereich die Saison vor der Tür steht und nur eine rasche Zuteilung von Beschäftigungsbewilligungen es der Tourismuswirtschaft ermöglicht, die Chancen dieser Sommersaison zu nutzen.

Angesichts dieses neuerlichen gewaltigen Skandals der Verwaltung von 40.000 Karteileichen durch die Arbeitsmarktverwaltung, stellen sich aber noch weitere grundsätzliche Fragen:

- o entweder hat der Sozialminister von den 40.000 Karteileichen gewußt - dann hat er die Sozialpartner hinters Licht geführt und die Ausländerbeschäftigung gesetzeswidrig künstlich verknappt oder
- o er war nicht in der Lage, das Ausländerbeschäftigungskontingent zweckentsprechend und gesetzeskonform zu managen.

Sollte die erste Vermutung zutreffend sein, hätte der führende ÖGB-Funktionär im Sozialministerium, BM Hesoun, damit eine Interessenvertretung - nämlich den ÖGB - gesetzeswidrig indirekt unterstützt, was die Vereinbarkeit der Funktion eines Sozialministers mit der eines ÖGB-Funktionärs wieder einmal in einem problematischen Licht erscheinen läßt. Trifft die zweite Vermutung zu, so hat er als Sozialminister versagt.

Angesichts dieses neuerlichen skandalösen Versagens der Arbeitsmarktverwaltung, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

Anfrage:

1. Seit wann hatten Sie den Verdacht, daß das Ausländerbeschäftigungsbewilligungskontingent in Wahrheit nicht völlig ausgeschöpft wurde?
2. Seit wann wußten Sie, daß das Ausländerbeschäftigungsbewilligungskontingent in Wahrheit nicht völlig ausgeschöpft wurde?
3. Welche Vorkehrungen werden Sie treffen, daß in Zukunft nicht wieder "Karteileichen" - welcher Art auch immer - im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung entstehen?
4. Haben Sie absichtlich und bewußt eine Politik betrieben, die mit überhöhten Ausländerbeschäftigungsbewilligungen agiert, ohne daß dies den Tatsachen entspricht?
5. Wenn nein, wieso hat in diesem Fall die Arbeitsmarktverwaltung so eklatant versagt und ihre Aufgabe nicht erfüllt?
6. Sind Sie angesichts des eklatanten, skandalösen Versagens der Arbeitsmarktverwaltung, das sich in dem oben dargestellten Bereich einmal mehr zeigt, bereit
 - o möglichst rasch private Arbeitsvermittler zuzulassen und das Monopol der Arbeitsmarktverwaltung in diesem Bereich zu beenden und
 - o die Arbeitsmarktverwaltung zu föderalisieren und zu regionalisieren?
7. Warum sind Sie nicht in der Lage, die Arbeitsmarktverwaltung mit den Gebietskrankenkassen zu koordinieren, da bei guter Koordination auffallen hätte müssen, daß 40.000 Beschäftigungsbewilligungen nicht ausgenutzt wurden?
8. Wann werden Sie endlich eine funktionierende Koordinierung zwischen Arbeitsmarktverwaltung und Sozialversicherungsträgern sicherstellen?

-4-

9. Werden Sie dafür Sorge tragen, daß die nunmehr neu zur Verfügung stehenden Beschäftigungsbewilligungen rasch und unbürokratisch verteilt werden?
10. Wenn nein, warum behindern Sie weiterhin die Entwicklungsmöglichkeiten der österreichischen Wirtschaft?